

# Bonn ergreift Initiative

### Alle Parteien in der deutschen Frage einig – Ständige Botschafter-Konferenz

W. Bonn (Eigenbericht). Zum erstenmal seit Jahren hat der Bundestag in voller Einmütigkeit einen Schritt unternommen, der die Wiedervereinigung Deutschlands näherbringen soll. Er hat am Mittwoch die Bundesregierung aufgefordert, die vier Besatzungsmächte um die Einsetzung einer ständigen Botschafter-Konferenz zu bitten, die „gemeinsame Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage“ ausarbeiten soll. Da Bundesaußenminister Dr. von Brentano diesen Schritt, der auf einen Antrag der Freien Demokraten zurückgeht, ausdrücklich begrüßt hat, besteht kein Zweifel daran, daß die Bundesregierung der Aufforderung des Parlaments folgen wird.

In dem Beschluß heißt es ausdrücklich, daß der Auftrag an die Regierung die Wiederherstellung der deutschen Einheit fördern soll. Das neue „Vier-Mächte-Gremium“, von dem die Rede ist, soll entweder auf einer künftigen Gipfelkonferenz oder auch unabhängig davon gebildet werden, und zwar nach dem Vorbild der Kommissionen, die sich in früheren Jahren mit dem Triest-Problem und mit dem österreichischen Staatsvertrag beschäftigt hatten.

Dr. Gradl (CDU) wies als Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses, der den Beschluß erst am frühen Mittwochmorgen formuliert hatte, ausdrücklich darauf hin, daß beide Probleme auf diesem Wege gelöst worden sind. Er sagte: „Es ist uns klar, daß ein solcher Schritt keine sichere Gewähr für einen Erfolg bietet und erst recht keine Gewähr für einen raschen Erfolg. Wir geben uns keinen Illusionen hin. Es handelt sich nur um einen ganz winzigen Ansatz, um in der deutschen Frage weiterzukommen.“

#### **Halftung Moskaus offen**

Über das Kernproblem, ob die Sowjetregierung auf die Bildung einer solchen Botschafter-Konferenz eingehen wird, wurde im Bundestag kein Wort verloren.

Dr. Gradl wies nur darauf hin, daß die Zweckbestimmung des Vier-Mächte-Gremiums mit Bedacht sehr allgemein und

ungenau festgelegt worden ist. Hätte man die deutsche Einheit als Ziel genannt, so wäre man wahrscheinlich wieder dem sowjetischen Einwand begegnet, das sei eine Angelegenheit der Deutschen selbst. In dem FDP-Antrag war ursprünglich von der Ausarbeitung eines „Vertrages für Deutschland“ die Rede. Diese Worte waren der Regierung zu gefährlich, weil die Sowjets darunter womöglich einen Friedensvertrag verstanden hätten, für den man die Zeit noch nicht reif glaubt. Die jetzige Fassung soll nach Gradls Worten allen vier Mächten die Möglichkeit geben, darauf einzugehen, ohne ihren eigenen früheren Erklärungen zur deutschen Frage zu widersprechen.

#### **Regierung befriedigt**

Minister v. Brentano äußerte in der Haushaltdebatte des Bundestags seine Befriedigung über die gemeinsame Entschliebung und versicherte, die Regierung werde dem Auftrag „mit dem gebührenden Ernst behandeln“. Der frühere Botschafter Prof. Meyer sagte als Sprecher der SPD sogar, er sei „unendlich froh“, daß wieder einmal alle Parteien zu einem gemeinsamen Schritt zusammengekommen seien. „Ein Reis der Hoffnung ist dem dürren Stamm entsprossen.“

Die Debatte über den Haushalt des Auswärtigen Amtes verlief in ruhiger, beinahe vornehmer Form. Meyer sprach

sogar von einer „ehrwürdigen Behörde“ und legte v. Brentano in verbindlicher Weise den Wunsch nahe, er möge die Außenpolitik „von den Sünden der Innenpolitik freihalten“. In den Bänken der SPD regte sich allerdings einige Unruhe, als er hinzufügte: „Wer durch das Brandenburger Tor einzieht — ob Adenauer oder Ollenauer —, das ist mir zwar nicht völlig gleichgültig, aber doch unendlich zweitrangig, wenn wir nur endlich einen Schritt weiter vorankommen.“ An der Außenpolitik der Bundesregierung setzte Meyer nur wenig Prinzipielles aus. Er kritisierte lediglich ihre „Ideenarmut“ und trat im übrigen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Ostblockstaaten ein. Minister von Brentano, der überraschend ruhig und in guter Form vor das Parlament trat, setzte sich ausführlich mit dem Vorwurf der „Einfallslosigkeit“ auseinander. Er gab offen zu, daß seine Außenpolitik das Ziel der Wiedervereinigung nicht nähergebracht habe, weigerte sich aber strikt, aus diesem „objektiv unbestreitbaren Mißerfolg“ den Schluß zu ziehen, diese Politik sei falsch.

Im Hinblick auf die Ostblockstaaten sprach v. Brentano sich für offizielle Beziehungen aus, die sogar zu „echter Freundschaft“ werden sollten, aber bisher hätten „tiefere Gründe“ der Anknüpfung des Fadens entgegengestanden. Es wurde stark beachtet, daß der Minister versicherte, die Bundesregierung beteilige sich recht lebhaft an den Vorbereitungen für eine Gipfelkonferenz, „auch mit eigenen Vorstellungen und Ideen“. Über eine unmittelbare Beteiligung an der Konferenz, wie Meyer sie angeregt hatte, sprach v. Brentano sich jedoch eher kritisch aus.



## Sie sprechen wieder

K. W. B. Das erste Bild, das aus Genf erreicht, ist friedlich, fast harmonisch: Ein kleiner Konferenzraum vereinigt um einen rechteckigen Tisch 15 bis 20 Männer, die fast alle den Professorentitel tragen und etwas von der heimeligen Luft der Gelehrtenstuben in die Stadt der Völkergespräche gebracht haben. So ungewiß es noch bis zur Stunde des Beginns sein mußte, ist es doch zu einem ersten Gespräch der Atomexperten gekommen. Es ist ein sehr umgrenztes Thema, das dort zwischen Amerikanern, Engländern, Franzosen, Russen, Rumänen, Tschechoslowaken und Polen durchgesprochen werden soll. Die an der großen Beruhigung der Welt interessierte Menschheit wird auch meinen, es sei herzlich wenig, was im Genfer Völkerbund-Palais über die Möglichkeit einer Kontrolle der Atomversuche und der Atomexplosionen erkundet werden kann.

Die sowjetischen Politiker hatten deshalb auch den größten Teil der Weltmeinung für sich, als sie von der Genfer Gelehrtenzusammenkunft als Fazit das Einverständnis über den Stop der Atombombenversuche verlangten. Der realistisch Denkende freilich wird verstehen, daß dies nicht Sache der Fachleute sein kann, die überhaupt erst einmal die keineswegs einhelligen Meinungen der Atomwissenschaftler der Welt miteinander darüber vergleichen wollen, ob und wie Explosionen erkennbar und kontrollierbar sind.

Zum ersten Male aber, solange sich West und Ost in größtenteils fruchtlosen Konferenzen nach dem Kriege gegenüber sitzen, haben die Vertreter der östlichen Staaten in Genf ein Übergewicht. Es kann gewiß nicht durch die wissenschaftliche Kompetenz — etwa der Atomwissenschaftler aus der Tschechoslowakei, Polen oder Rumänien — erklärt werden. Und auch die Anwesenheit

Tscharapins, eines Stellvertreters Gromykos, im kleinen Konferenzraum von Genf wird in den nächsten Tagen bald zeigen müssen, ob sich die Großherzigkeit, mit der der Westen auf die östlichen Verteilungs- und Beteiligungswünsche in Genf eingegangen ist, politisch auszahlt. In Genf ist man auf einen neuen Weg eingegangen, an dessen Erschließung sichtlich die Sowjets zuerst interessiert sind. Nun hat ebenso überraschend, wie noch nicht durchsichtig, Chruschtschow den amerikanischen Präsidenten zu einer zweiten Sachverständigenkonferenz aufgefordert. Es machte dem sowjetischen Regierungschef nichts aus, mit dem Projekt einer weiteren Expertenkonferenz zur „Verhinderung von Überraschungsangriffen“ sich selbst zu desavouieren; denn in diesem neuen Besprechungsangebot steckt ja vieles von dem Lieblingsgedanken Eisenhowers, den der amerikanische Präsident mit seinem Luftüberwachungsplan seit 1955 bisher vergeblich verfolgt hat.

Es kann also, entweder gleichzeitig mit der in Genf jetzt laufenden — oder hinterher — zu einer zweiten Sachverständigenkonferenz mit Moskau kommen. Das war vor mehr als einer Woche noch undenkbar. Das Rätselraten darüber, was im Kremel vorgegangen sein muß, um die kalte Luft der Konferenzfeindlichkeit abzubauen, ist natürlich jetzt in vollem Gange. Bisher haben die Sowjets das sachliche Durchberaten der vielen die Entspannung hindernden Probleme gescheut. Sie haben statt dessen nur immer die unverbindliche große Schau eines Gipfeltreffens verlangt. Die plötzliche Bereitschaft zu Experten-Verhandlungen, die sie jetzt zeigen, könnte Gründe haben, die in der Erkenntnis von neuen Überlegenheiten des Westens viel eher zu liegen scheinen, als in einer neuen Kraftmeierei.

Die Sachverständigenbesprechungen sind keine Angelegenheit der Propaganda. Sie sind im Gegenteil offenbar dem östlichen Verlangen entsprungen,

der Stärke des westlichen Partners auf die richtige Spur zu kommen. Das kann man nicht mit der wohlgelaunten Rede in Massenversammlungen. Chruschtschow schickte seine Atomwissenschaftler nicht nach Genf zu unverbindlichem Palaver mit den heimlich beneideten und gefürchteten amerikanischen Kollegen. Er sieht die Sputnik-Hybris schwinden angesichts der Entschlossenheit, mit der der Westen seiner so oft in Frage gestellten gemeinsamen Aufgabe sich wieder kräftiger zugewandt hat. Und so findet Chruschtschow auf einmal höchsten Nutzen darin, wenn die Arktis, die er noch vor Monaten als ein totes Tummelfeld für Eisbären ironisiert hat, nun von amerikanischen und sowjetischen Wissenschaftlern zusammen kontrolliert werden soll. Der Wunsch nach Besprechungen, die die Experten führen sollen, mag der neuen sowjetischen Sorge entspringen, man könne trotz aller laut verkündeten Erfolge inzwischen wieder vom Westen überrundet werden. Doch was sollte es nützen, auf diese sowjetische Sorge nicht einzugehen?

Soll ruhig neben die eben begonnene Genfer Konferenz eine weitere Expertenkonferenz treten, für die wiederum die Amerikaner den Hauptanteil von Wissen, Erfahrung und vielleicht auch Geheimnis hergeben müssen — es ist gut so. Besprechungen dieser Art müssen, so begrenzt ihre Ziele sein können, den sowjetischen Partner vor die Notwendigkeit führen, Farbe zu bekennen und Verpflichtungen einzugehen.

Die eine oder zwei Sachverständigenkonferenzen mögen als Vorstufe für eine Gipfelkonferenz gelten oder als ihre Umgehung gedacht sein: Wenn der Westen mit einer nur ähnlichen politischen Verpflichtung an sie herangeht wie Moskau, dann wird die Sache der westlichen Freiheit und nicht weniger die Sache Deutschlands auf diesen Konferenzen vorangetragen werden können.



## Johann B. Gradl: Was wir erwarten

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen im Bundestag, Dr. J. B. Gradl, der maßgeblich an der Ausarbeitung des dann einstimmig beschlossenen Bundestagsantrags zur Bildung einer Viermächtegruppe beteiligt war, äußert sich hier über die Erwartungen, die an diese Initiative in der Wiedervereinigungsfrage geknüpft werden.

Nach Beratung im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages ist der gemeinsame Antrag der Fraktion zur Wiedervereinigungspolitik einstimmig angenommen worden. Die Bundesregierung soll sich bei den vier Mächten (Vereinigte Staaten, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich) dafür einsetzen, daß ein Vier-Mächte-Gremium gebildet wird und den Auftrag erhält, gemeinsame Vorschläge zur Lösung der deutschen Frage zu erarbeiten. Auf den ersten Blick ist es vielleicht überraschend, daß die Parteien sich nach den harten außenpolitischen Meinungskämpfen der vergangenen Monate zu einem solchen nicht unwichtigen Antrag zusammengefunden haben. In der Tat ist die Gemeinsamkeit erfreulich. Es wäre sicherlich falsch, nun über den Beginn einer „gemeinsamen Außenpolitik“ zu frohlocken. Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten der Parteien, insbesondere zwischen Regierungsgroupe und Opposition, sind unverändert groß. Aber es hat sich gezeigt, daß sachliche Aussprache dennoch möglich ist und daß auf allen Seiten der Wunsch besteht, zu einem gemeinsamen Entschluß zu kommen. Man kann wohl davon ausgehen, daß im Arbeitsbereich des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages weiterhin versucht wird, durch nüchterne Analyse und von Polemik und Rechthaberei freies Diskutieren eine dem deutschen Grundanliegen förderliche Außenpolitik zu entwickeln.

\*

Die Aufgabe des Vier-Mächte-Gremiums ist sehr allgemein formuliert. Das sachliche Schwergewicht des einstimmigen Beschlusses des Bundestages ist in dem Vorschlag „Vier - Mächte - Gremium“ zu sehen. Seit dem Zerfall des Alliierten Kontrollrates im März 1948 gibt es kein Gre-

mium, das die systematische und stetige Erörterung der deutschen Frage zur Aufgabe hat. Es hat viele Erörterungen der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands auf internationalen Konferenzen gegeben, aber diese Erörterungen sind immer auch deshalb in der Luft hängen geblieben, weil man keine Einrichtung schuf, die die Überlegungen der internationalen Konferenzen verantwortlich aufzunehmen und weiterzuführen hatte. Daß die österreichische Frage schließlich zu einer Lösung gekommen ist, hat sicherlich viele Gründe. Einer davon ist aber ganz sicher, daß alle Jahre hindurch ein verantwortliches Gesprächsforum für die Erörterung der österreichischen Frage zur Verfügung stand. Für die Lösung der Triester Frage gilt dasselbe. So liegt es nahe, zu wünschen und zu verlangen, daß eine entsprechende Einrichtung von den für die Wiederherstellung der deutschen Einheit primär verantwortlichen Großmächten endlich auch für die deutsche Frage geschaffen wird.

\*

Das heißt nicht, daß in irgendeiner Weise die Neubildung einer Art Alliierten Kontrollrates gewünscht wird. Das ist natürlich nicht der Fall. Es handelt sich vielmehr darum, eine Einrichtung zu schaffen, die für endgültige Verhandlungen und Entscheidungen in bezug auf Gesamtdeutschland jene Vorarbeiten der Diskussion und Formulierung übernimmt, die jeder gewichtigen politischen Entscheidung vorausgehen müssen, wenn diese Entscheidung zustande kommen soll. Der Arbeitsauftrag für das Vier-Mächte-Gremium ist deshalb auch ganz allgemein gehalten. Er gibt die Möglichkeit unverbindlicher Erörterungen und reiner Grundsatzformulierun-

gen: Er gibt aber auch die Möglichkeit, sehr in die Einzelheiten zu gehen, bis hin zur Formulierung von Vertragsentwürfen. Und sachlich umschließt der Arbeitsauftrag alle Bereiche vom Verfahren der Wiedervereinigung an sich über die Regelung etwaiger Zwischenphasen bis zu dem Verhältnis zwischen den vier Mächten und einem wiedervereinten Deutschland.

\*

Letztlich wird man immer auf einen Vertrag bzw. ein Bündel von Verträgen hinzustreben haben, durch das der Wiedervereinigung der Weg geöffnet, das Verfahren der Wiedervereinigung geregelt und die mit der Wiedervereinigung in Verbindung stehenden Sicherheitsfragen geordnet werden. Das Verfahren hätte — bei einem idealen Verlauf — darauf hinauslaufen, daß die Entwicklungen zu einer gesamtdeutschen freien verfassungsmäßigen Regierung und zu einer europäischen Sicherheitsordnung unter Einschluß Gesamtdeutschlands in sachlicher und zeitlicher Koordinierung harmonisch ablaufen können. Gelingt es, auf diesem Wege weiterzukommen, dann werden auch andere Fragen einschließlich der Bewältigung des Friedensvertragsproblems entsprechend erleichtert.

Die Aufgabe, die in dem Antrag für das Vier-Mächte-Gremium vorgeschlagen ist, schließt also alles ein, was von ersten Schritten über Zwischenregelungen bis zum vertraglichen Endentwurf notwendig sein könnte. Selbstverständlich kann es sich immer nur um „Vorschläge“ handeln. Es kann vom deutschen Standpunkt aus nicht in Frage kommen, daß fertige Verhandlungsergebnisse auferlegt werden. In dieser Hinsicht braucht man aber auch keine besondere Besorgnis zu haben, denn die Bundesregierung steht mit den vier Mächten in diplomatischem Kontakt, mit den drei Westmächten darüber hinaus in einem ausgesprochen freundschaftlichen Verhältnis, und außerdem läßt sich rein faktisch nichts realisieren, ohne daß die Bundesregierung und die Bundesrepublik selbst es mitmachen.

Fortsetzung auf S. 4



Fortsetzung von Seite 3

Der Beschluß des Bundesrates läßt offen, wann die Bundesregierung im Sinne des Antrages auf Schaffung eines Vier-Mächte-Gremiums bei den vier Mächten vorstellig werden soll. Das zu entscheiden, ist in der Tat eine Angelegenheit der Bundesregierung, die für die Form und für die Wahl des richtigen Zeitpunktes die Verantwortung trägt.

Man geht vielen Schwierigkeiten aus dem Wege, wenn man den Arbeitsauftrag einem Gremium der vier Mächte überträgt, die nun einmal nach dem Zusammenbruch und in völkerrechtlicher Verpflichtung die Verantwortung für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands haben. Es gibt für ein solches Gremium jede Möglichkeit, sich über die deutsche Auffassung zu informieren, genauso, wie es umgekehrt für die deutsche Bundesregierung, die mit allen vier Mächten in diplomatischen Beziehungen steht, immer die Möglichkeit gibt, ihre Auffassung zur Kenntnis zu bringen. Wenn Wert darauf gelegt wird, Sachverständige hinzuzuziehen, dann steht dem vom deutschen Standpunkt aus kein Hindernis im Wege. Wenn die Sowjetunion Sachverständige der sogenannten „DDR“ hören will, dann kann das ihr überlassen bleiben. Anhören und Anwesenheit von Sachverständigen hat mit der Anerkennung ihrer Regierung nichts zu tun. Die Frage aber, ob eventuell auch Sachverständige der Bundesrepublik dem Verhandlungsgremium zur Verfügung gestellt werden sollen, kann dem praktischen Ermessen zu gebender Zeit überlassen bleiben.

## USA auf alles vorbereitet

Detroit (dpa). General Twining, der Vorsitzende der amerikanischen Stabschefs, erklärte in Detroit, daß die USA darauf vorbereitet seien, Truppen in den Libanon zu entsenden, falls die Lage es erfordert. „Ich glaube nicht, daß es irgendeinen Zweifel darüber gibt“, sagte Twining. „Wir sind auf alle Möglichkeiten vorbereitet, sei es ein unbegrenzter oder begrenzter Krieg.“

## Prag wünscht Kontakt mit Bonn

### Ministerpräsident Siroky sprach vor Nationalversammlung

Prag (ap). Der tschechoslowakische Ministerpräsident Siroky hat vor der Nationalversammlung in Prag erklärt, die Tschechoslowakei sei nicht schuld daran, wenn zwischen zwei so benachbarten Staaten wie der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik keine normalen diplomatischen Beziehungen bestünden.

Die Tschechoslowakei sei ernstlich an dem Zustandekommen eines diesbezüglichen Übereinkommens mit dem deutschen

Volk interessiert. Wenn es wirklich der aufrichtige Wunsch der Bundesrepublik sei, in Frieden mit ihren Nachbarn im Osten zu leben, so sollte sie dies in erster Linie durch eine Änderung ihrer Politik gegenüber den östlichen Nachbarn und durch eine Normalisierung ihrer Beziehungen mit ihnen beweisen. Siroky wies in diesem Zusammenhang dann auf positive Ergebnisse hin, die sich aus den Beziehungen und der Zusammenarbeit mit Österreich ergeben hätten.

## Rote Propaganda mit Fehlzündung

### Geistesgestörter Landarbeiter als Kronzeuge gegen USA

London (dpa). Ein geistesgestörter britischer Landarbeiter hat offenbar der sowjetischen Propaganda zu einer peinlichen Fehlleistung verholfen. Von ihm stammt nach seinen Angaben jener Brief an den Londoner Sowjet-Botschafter Malik, in dem ein angeblicher amerikanischer Flieger den Abwurf einer Atombombe über der Nordsee durch die Besatzung eines USA-Atombombers angekündigt hatte. Dieser Brief war von Radio Moskau zum Anlaß eines neuen Propagandafeldzuges gegen die Stationierung amerikanischer Atombomber in Großbritannien genommen worden.

Nachdem Malik der britischen Regierung eine Fotokopie des Schreibens überreicht hatte, zitierte Radio Moskau den Brief als ein warnendes Beispiel für die Gefahr, in die die britische Bevölkerung durch ihre Regierung gebracht worden sei. Mit seiner Zustimmung zur Stationierung amerikanischer Atombomber habe London die Britischen Inseln in einen amerikanischen Flugzeugträger verwandelt. In diesem Zusammenhang wiederholte der Moskauer Rundfunk die angeblichen Äußerungen des Staatssekretärs im US-Verteidigungsministerium, Ber-

ry, über einen erschreckend hohen Stand psychoneurotischer Erkrankungen der im Ausland stationierten amerikanischen Flieger.

In einer an den britischen Presseverband gerichteten Erklärung hat sich nun der 34jährige Landarbeiter, der wegen

## WEU gegen Truppenabzug

Paris (ap). Parlamentarier der Westeuropäischen Union, die am Mittwoch in Paris zu Beratungen über Verteidigungsfragen zusammentraten, sprachen sich für eine gerechte Verteilung der Verteidigungslasten und gegen einseitige Kürzungen der Mannschaftsbestände aus. Die Sachverständigen vertraten den Standpunkt, daß kein Bündnispartner das Recht habe, sich der Stationierung von Mittelstreckenraketen zu versagen.

geistiger Labilität aus der britischen Luftwaffe entlassen wurde, als Verfasser des Briefes und anderer, bisher nicht veröffentlichter Schreiben bezeichnet. Nach seinen Angaben wollte er damit in das Licht der Öffentlichkeit treten, um die Aufmerksamkeit auf die Behandlung zu lenken, die ihm nach 15jähriger Dienstzeit in der Luftwaffe widerfahren sei.



# „Die Partei hat uns schon verraten . . .“

## Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

### B. Berlin (Eigenbericht)

Trotz materieller Verbesserungen, trotz billiger Ferienlager und Urlaubsreisen beklagt sich die mitteldeutsche Bevölkerung in letzter Zeit mehr und mehr über den zunehmenden seelischen Druck. Heute macht man sich nur noch wenig Sorgen über das Essen, aber man leidet unter dem permanenten Druck. Der einzelne fühlt sich gegenüber der politischen Dampfwalze des Staates machtlos.

### HALBERSTADT

Nicht mehr tolerieren, sondern propagieren. Die christlichen Lehrer, die fast alle der CDU angehören, haben sich auf den Delegiertenkonferenzen ihrer Partei stark gemacht und verlangt, man solle sie nicht in noch größere Gewissenskonflikte bringen. Bisher habe der Staat nur verlangt, die Jugendweihe und den Atheismus zu tolerieren, jetzt sollen sie die Jugendweihe auch noch in den Schulen propagieren und aus ihrem Herzen eine Mördergrube machen. Delegierte führen nach Magdeburg, um den Bezirksdelegierten ihr Anliegen vorzutragen, aber sie fanden taube Ohren. Unsere Partei hat uns schon verraten, war das einheitliche Empfinden aller. Die Parteispitze ist korrupt und nicht mehr christlich. Der Gewissenskonflikt ist nicht mehr auszuhalten.

Konzerte im Dom. Nimmt es da wunder, wenn Hunderte von Zuhörern sich an den Konzerten im Halberstädter Dom erbauen. Ein letztes Refugium ohne Politik. Die Gründungsversammlung des Pfarrerbundes in Halberstadt fand nicht statt. Trotz materieller Verlockungen weigerten sich die Pfarrer, die Angebote der SED zu akzeptieren. Aber man fürchtet, die Partei versucht es so lange, bis sie eine weiche Stelle findet.

### JENA

Professoren werden herzkrank. Als Flucht in die Krankheit kann man die Haltung vieler Professoren bezeichnen. Sie halten der politischen Groß-

offensive auf ihre Nerven nicht stand und scheiden als aktive Widerstandskämpfer gegen das System aus. Die meisten resignieren und wollen nur noch überleben, vorzeitig aus dem Lehrkörper ausscheiden. Die Vorwürfe, die von der Partei gegen sie erhoben werden, sind massiv. Die Parteileitung der Jenaer Universität stellte kürzlich fest, man wüßte, daß viele Studenten das FDJ- und SED-Abzeichen abnehmen, wenn sie in eine Prüfung gehen, weil sie nicht unangenehm als fortschrittliche Menschen auffallen wollen. Und Arbeiter- und Bauernstudenten würden einfach nicht für voll genommen. Die Universitäten seien noch das Sammelbecken der Reaktion. Jetzt wolle man aber alle Assistenten, die den SED-Staat nicht unterstützen, in die Produktion schicken. Jeder Professor solle einen fortschrittlichen Assistenten an seiner Seite haben, der ihn vor Entgleisungen in bürgerliche Auffassungen bewahre.

Hoch über der Stadt Jena feiert die Jugend auf dem Jentzig und im Fuchsturm-Restaurant fröhliche Feste. Manchmal wird man an die Festkommerse alter Zeiten erinnert. Und wenn es ganz feucht-fröhlich wird, dann wird auch das Lied „Wir wollen unseren alten Kaiser Wilhelm wieder haben“ gesungen. Und im „Paradies“ träumen junge Menschen ebenso selig von Glück und Liebe wie vor 50 Jahren, als dort die Anlagen entstanden.

### BERNBURG

SED gibt ideologischen Sumpf zu: Im Elektrochemischen Werk Ammendorf soll nach wie vor ein übler Konzerngeist herrschen, schreibt die SED-Zeitung „Freiheit“ und stellt fest, daß sich folgende Tatsachen ergeben hätten: Die Arbeiter seien für eine politische Neutralität, lehnen jede gesellschaftliche Tätigkeit ab, mißachteten die führende Rolle der Partei, würden gegen Genossen der SED intrigieren, würden mit dem Westen liebäugeln, negierten die sozia-

listische Perspektive, wendeten kapitalistische Leistungsmethoden an, unterdrückten die Initiative der Werktätigen und hielten alte Verbindungen zu Angehörigen des Konzerns aufrecht. Das führe zur ideologischen Zersetzung und verschaffe den bürgerlichen Ideen Zugang. Die überall herrschende politische Gleichgültigkeit sei die größte Gefahr für den Betrieb. Entschuldigung wegen Denunziation. In den Verwaltungen und Schulen jagt man noch immer die kleinen Schirddewane. In Bernburg entschuldigte sich ein Lehrer bei einem Kollegen, weil er in einer Versammlung gezwungen war, ihn wegen einer Westreise zu belasten. Er habe unter einem Druck gestanden und sei nicht Herr der Situation gewesen.

### DRESDEN

Die Gemäldegalerie zieht Millionen an. Die weltberühmte Gemäldegalerie in Dresden zählte seit ihrer Wiedereröffnung vor zwei Jahren den millionsten Besucher. Täglich strömen viele Menschen in diese Galerie, um sich an diesen Kunstwerken zu erfreuen.

In Bautzen wurden 40 Lehrer geehrt, die in einem Fernstudium das Examen in der sorbischen Sprache abgelegt haben. Die SED züchtet das „Minderheitenproblem“ an der deutsch-tschechischen Grenze. In Dresden fanden Freundschaftsbesuche tschechoslowakischer Sporteinheiten statt, die Kunstflüge zeigten. Es wurde viel von Freundschaft gesprochen, aber der kleine Grenzverkehr zwischen den Bewohnern des Grenzlandes wurde noch immer nicht aufgenommen. So dick ist die Freundschaft nun auch wieder nicht.

### Suslow wieder aufgetaucht

Moskau (dpa). Das Mitglied des sowjetischen Parteipräsidiums M. Suslow ist erstmalig seit dem 16. Mai wieder in Moskau aufgetaucht. Suslow nahm an einem Bankett im Kreml zu Ehren des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Novotny teil,



# Noch gab es „Wespen“ in der DEFA

Politbüro der SED rügt Ackermann — Sieben Punkte für den Zonenfilm

Berlin (dpa). Die Kulturkommission beim SED-Politbüro hat in neuen Richtlinien führenden Mitarbeitern der Hauptverwaltung Film im Sowjetzonenministerium für Kultur ihre Mißbilligung ausgesprochen. Sie hätten die ihnen gestellten Aufgaben der ideologisch-politischen staatlichen Anleitung des Filmwesens ungenügend erfüllt. Leiter der Hauptverwaltung ist Anton Ackermann (SED), der im Zusammenhang mit der Säuberung nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zunächst gemäßregelt worden und später „zur Bewährung“ ins Kulturministerium gekommen war.

Wie aus einem Bericht des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ vor wenigen Tagen hervorgeht, verbot die SED-Kulturkommission der „Defa“ jeden Naturalismus und kritischen Realismus in der Filmgestaltung. Diese Richtungen seien „ungeeignet, die sozialistische Wirklichkeit darzustellen“.

## Säuberung durch die Partei

In der „Defa“, der Sowjetzonen-Filmgesellschaft, hat vor kurzem eine Säuberungsaktion stattgefunden. Der SED-Funktionär Konrad Wolf, der zur Leitung der SED-Organisation in der „Defa“ gehört, berichtete vor Parteigenossen in Potsdam, mit Hilfe einiger Parteimitglieder seien „einige Wespen ausgeräuchert“ worden. Es habe einen „konsequenten und offenen Kampf der einfachen Genossen des Betriebes sowie der leitenden Genossen unserer Bezirksparteiorganisation“ gegeben. Aber nun zeigten sich schon wieder „Tendenzen der Gleichgültigkeit und des Sich-Ausrühens auf dem Erreichten“. Nach den Angaben Wolfs haben sich „Opportunismus und Revisionismus“ bei der „Defa“ ausgewirkt und besonders die Arbeit der Dramaturgie beeinflusst. Diese Mängel hätten sich vor allem bei den Filmen „Ein Mädchen von 16½“ und „Sheriff Teddy“ gezeigt, die das Leben und den Kampf der Jugend

einseitig darstellten. Ein Fehler sei es auch gewesen, daß man die Zusammenarbeit mit Westdeutschland um jeden Preis geduldet habe. Als eine der Ursachen für die kritisierten Verhältnisse nannte Wolf „Überheblichkeit“ der Künstler und der technischen Intelligenz gegenüber der SED. Es sei der Partei in der „Defa“ bisher nicht gelungen, „ein starkes politisches Leitungsaktiv aus politisch aktiven Genossen und Genossen Künstlern zu schaffen, das befähigt ist, jetzt das Studio fest an die Hand zu nehmen und zu leiten“.

Sieben Programmpunkte für ein „sozialistisches Filmschaffen“ in der Sowjetzone verkündete gleichzeitig der erste Stellvertreter des Kulturministers, Alexander Abusch (SED), auf einer in Ostberlin veranstalteten Filmkonferenz. Nach einem Bericht der Sowjetzonen-Agentur adn soll der Zonenfilm erstens sich den Schwerpunkten des sozialistischen Aufbaues und der „ideologischen Umwälzung“ sowie der „Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung“ widmen. Er soll zweitens „Kritik an kapitalistischen, feudalistischen und kolonialistischen Gesellschaftszuständen in

Vergangenheit oder Gegenwart üben“. Nach Punkt drei sollen der heitere Film, der spannende Abenteuerfilm, der utopisch-technische Spielfilm und der Kinderfilm „über das sozialistische Leben der Jugend“ gepflegt werden.

Punkt vier besagt, daß von höchster thematischer Bedeutung für alle Genres „der Kampf für den Frieden und gegen die imperialistisch-militaristischen Machthaber, die aus Westdeutschland einen Stützpunkt der NATO für den Atom- und Raketenkrieg machen“, sei. Aufgabe des Spielfilms sei es, „den militaristisch-klerikalen Charakter der Staatsmacht in Westdeutschland zu entlarven“. An fünfter Stelle steht in dem SED-Filmprogramm die Verstärkung der Koproduktion mit den Filmstudios der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder. Die leitenden Organe des Zonen-Filmwesens sollen nach Punkt sechs so arbeiten, daß in den Studios eine „sozialistische Atmosphäre“ herrscht. Punkt sieben enthält die Aufforderung, die „revolutionären Erkenntnisse des dialektischen und historischen Materialismus in der künstlerischen Praxis“ anzuwenden.

## Klare Antwort an Chruschtschow

„Nur der Erfolg einer Gipfelkonferenz entscheidet“

Washington (dpa/ap). Die Regierungschefs der drei Westmächte haben in Schreiben an den sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow erneut ihre Absicht unterstrichen, eine Lösung der wichtigsten internationalen Fragen herbeizuführen. Sie wiesen gleichzeitig Vorwürfe Chruschtschows zurück, daß an dem guten Willen der Westmächte zur Einberufung einer Gipfelkonferenz gezweifelt werden müsse.

Die Westmächte beschuldigen demgegenüber die Sowjetunion, sie sei nur an einem Zustandekommen und nicht an einem tatsächlichen Erfolg einer Gipfelkonferenz interessiert und

wünsche offensichtlich auch keine genügende Vorbereitung einer Gipfelkonferenz. Insbesondere kritisieren die Westmächte, daß die Sowjetunion ohne vorherige Konsultierung der Westmächte den vertraulichen Meinungsaustausch über die Vorbereitungen für eine Konferenz der Regierungschefs veröffentlicht hat. Die Noten Eisenhower, Macmillans und de Gaulles sind die Antwort auf eine Botschaft Chruschtschows vom 11. Juni, in der er bedauert hatte, daß die Westmächte Fragen aufgeworfen hätten, die die Erzielung eines Abkommens erschweren.



# Fast alles teurer als im Westen

## Nach Aufhebung der Rationierung in der Sowjetzone

Tb. Berlin (Eigenbericht)

Die neuen nach Aufhebung der Lebensmittelrationierung in der Sowjetzone geltenden Preise liegen im Durchschnitt um 80 Prozent über dem Niveau des Bundesgebietes. Zu diesem Ergebnis kommt der Untersuchungsausschuß freihändlerischer Juristen, der die zur Zeit in Ost- und Westdeutschland geltenden Lebensmittelpreise gegenübergestellt hat. Bei diesem Preisunterschied muß allerdings berücksichtigt werden, daß die für die Preisvergleiche herangezogenen Warenqualitäten der Sowjetzone in den wenigsten Fällen denen in Westdeutschland oder in Westberlin entsprechen. Außerdem wird der Preisunterschied noch deutlicher, wenn man die wesentlich höheren Bruttodurchschnittslöhne im Westen dem Einkommen der Arbeiter in der Sowjetzone gegenüberstellt.

### Fettversorgung ein Problem

Nur bei drei von insgesamt 110 zu Vergleich herangezogenen Warensorten liegen die neuen sowjetzonalen Preise in gleicher Höhe oder unter den zur Zeit im Bundesgebiet geltenden Preisen. So kostet zum Beispiel ein Kilogramm Kalbsbrust in der Sowjetzone wie bei uns 5,60 DM und ein Kilogramm Kalbsrücken 5,60 DM, das heißt 60 Pfennig weniger als in Westberlin. Eine weitere Ausnahme machen die weißen Bohnen, die heute in der Zone für 0,90 DM je Kilogramm (Westberlin 0,69 DM) angeboten werden. Alle übrigen Preise für Fleisch, Wurstwaren, Milch und Sahne, Fett, Käse und Nahrungsmittel liegen bis zu 290 Prozent über den Preisen für die gleichen Waren, wie sie in Westdeutschland heute gefordert werden. Am deutlichsten zeigen sich die Preisunterschiede bei den Molkereierzeugnissen und hier besonders bei Käse. Tilsiter kostet in der Sowjetzone 6,40 DM je Kilo, in Westberlin 4 DM, was einer Preisdifferenz von 51 Prozent entspricht. Ähnlich sieht

es bei den übrigen Käsesorten wie Edamer, Steinbuscher, Limburger, ja selbst beim Weißkäse aus, für den man in der Sowjetzone heute, je nach Qualität, den doppelten bis dreifachen Preis wie bei uns zahlen muß. Dies zeigt, daß die Fettversorgung auch heute noch für die Pankower Regierung eines der schwierigsten Probleme ist.

### Ein Liter Milch 80 Pfennig

Für Trinkmilch müssen die Sowjetzonenbewohner heute 80 Pfennig je Liter (Bundesgebiet 44 Pfennig) bezahlen, wobei die zur Verfügung stehenden Mengen noch nicht einmal zur Befriedigung des Bedarfs voll ausreichen. Um die Belieferung der Kleinstkinder sicherzustellen, mußten erneut Eintragungen bei den Milchgeschäften vorgenommen werden. Schlagsahne ist nach wie vor bei einem Preis von 11 DM je Liter (Bundesgebiet 4,40 DM) ein fast unerschwinglicher Luxusartikel. Der Butterpreis liegt mit 10 DM je Kilo (Bundesgebiet 6,84 DM) 46 Prozent über dem westdeutschen Preisniveau.

Am günstigsten kommen bei diesem Preisvergleich noch die verschiedenen Fleischsorten weg, die zwischen 13 und 104 Prozent über dem westdeutschen Preisniveau liegen. So müssen zum Beispiel für ein Kilo Hackepeter in der Zone 8 DM (Bundesgebiet 4,80 DM), für Roastbeef 9,80 DM (Bundesgebiet 4,80 DM) und für Schweineleber 9,60 DM (Bundesgebiet 4,60 DM) gezahlt werden. Auffallend ist, daß sich für Kalbfleisch bei diesem Vergleich die günstigsten Relationen zu den westdeutschen Preisen ergeben. Hier liegen die Preise nur um 25 bis 50 Prozent höher, während der Unterschied bei Rindfleisch und bei Schweinefleisch besonders kraß ist.

Die Preisunterschiede bei Fleisch- und Wurstwaren betragen 4 bis 91 Prozent gegenüber vergleichbaren Waren im Bundesgebiet und in West-

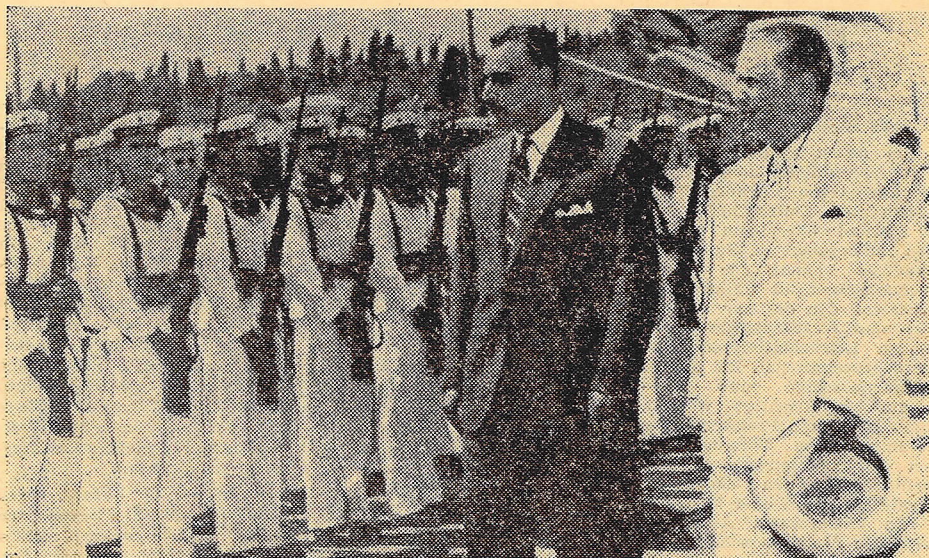
berlin. Die geringste Preisdifferenz zeigen die ohnehin teuren Luxusartikel wie Lachs- und Nußschinken. Für Salami muß jedoch die Hausfrau in der Sowjetzone 13,80 DM je Kilo (Bundesgebiet 7,20 DM), für Schlackwurst 12,80 DM (Bundesgebiet 7,20 DM) und für Jagdwurst 7,10 DM (Bundesgebiet 4,40 DM) ausgeben. Der Preis für die Margarine (Spitzenqualität) beträgt 5 DM je Kilo (Bundesgebiet 3,40 DM), jedoch kommt die Qualität dieser Ware kaum an die billigsten in Westdeutschland angebotenen Margarinesorten heran.

Die Preise für Zucker, Grieß und Bandnudeln liegen um mindestens 50 Prozent höher als in Westdeutschland, ganz zu schweigen von Makkaroni, die 5,48 DM je Kilo (Bundesgebiet 1,40 DM) kosten. Ebenso sind Linsen (4 DM je Kilo) beinahe unerschwinglich, weil sonst aus dem geplanten Eintopfgericht ein Sonntagsgessen wird, wenn man zusätzlich den hohen Preis für Fleisch berücksichtigt.

### Knappe Warendecke

Schon jetzt zeigt sich in vielen Orten der Sowjetzone, daß die sehr hohen Preise für die verschiedensten Lebensmittel allein nicht ausreichen, um den Verbrauch angesichts der knappen Warendecke künstlich zu drosseln. Während Ostberlin als „Schaufenster“ der Sowjetzone bevorzugt beliefert wird, sind bereits verschiedene Lebensmittel in den Städten der Zone knapp oder sogar völlig vergriffen. So zum Beispiel Reis, Haferflocken, Nahrungsmittel für Kleinkinder, Kondensmilch und Honig. Der Butterumsatz geht wegen der hohen Preise ständig zurück. Selbst die kommunistische Presse mußte kürzlich zugeben, daß in den ersten Wochen nach Aufhebung der Rationierung nicht mehr Lebensmittel gekauft wurden als vorher. Früher rationierten die Lebensmittelkarten, heute die von der Pankower Regierung festgesetzten hohen Preise.





**BILDER DER WOCHE:** Oben: Vom Ostblock isoliert, empfing Marschall Tito den Präsidenten der Vereinigten Arabischen Republik Nasser im Adria-Hafen Dubrovnik. — Unten: Im Rathaus Schöneberg wurde der verstorbene frühere Regierende Bürgermeister von Berlin, Dr. Walther Schreiber, aufgebahrt.

